



Liebe Freundinnen und Freunde,

dies ist nun die **Nummer 1** unseres neuen Newsletter der AG „genug für alle“ von Attac Deutschland. Danke an euch, dass ihr ihn abonniert habt, verbunden sofort mit der Bitte, ihn weiter zu verbreiten. Er wird seine Funktion als Vermittler von Informationen und Verteiler von Nachrichten umso besser erfüllen können, je breiter er bekannt wird.

Überhaupt gehen wir davon aus, dass ihr, diejenigen, die diesen Newsletter abonniert haben, zumindest teilweise nicht nur Informationen bekommen wollt, sondern sie auch verbreiten möchtet. So ist dann auch der Inhalt des Newsletters angelegt.

Wir verweisen auf unser nächsten Onlineseminare, wir bewerben die EBI und andere Aktionen, wir laden zu Treffen ein, die für viel mehr Menschen interessant sein dürften, als auf diese Liste sind.

Wer den Newsletter weitergeleitet bekommt und bisher noch nicht abonniert hat, kann das [hier](#) tun.

Wir wünschen uns also eure Mithilfe und euch viel Spaß beim Lesen  
Eure Newsletterredaktion der Attac-AG genug für alle

### **Europäische Bürgerinitiative „Start bedingungsloser Grundeinkommen überall in der EU“**

Diese EBI läuft seit etwa einem Monat und es gibt Licht und Schatten. Einige Länder haben für ihre Verhältnisse schon sehr gute Ergebnisse erzielt, in anderen hinken die hinter den Erwartungen her. Für Deutschland ist klar: Wenn man sich die Unterschriftenseite der [Europäischen Union](#) anschaut, dann ist leicht ersichtlich, dass sehr viele Menschen, die für ein BGE eintreten, sie noch nicht unterschrieben haben. Es wird also darauf ankommen, eine Stimmung zu erzeugen, in der vielen Menschen der Erfolg der EBI wichtig ist. Aktuell haben manche das Gefühl, dass Corona wichtiger ist als ein BGE. Dabei wäre ein BGE die beste Maßnahme gegen die Krise, die man beschließen könnte. Um dafür Druck zu machen, muss man die EBI immer wieder in den Blickpunkt rücken und zur Unterzeichnung einladen. Teilt sie in euren sozialen Netzwerken, schreibt eure Bekannten an, informiert regelmäßig darüber.

Am vergangenen Donnerstag, den 22.10., hat die [Frankfurter Rundschau](#) einen Autorenbeitrag von Werner Rätz zur EBI abgedruckt. Er ist auf deren Webseite einsehbar.

**Onlineseminare der AG genug für alle**  
jeden Mittwoch 18.00-19.00 Uhr

Die **Online Seminare** sind ein wichtiges Hilfsmittel zur politischen Arbeit in Zeiten von Corona geworden. Dabei ist die Bewerbung von Online Seminare ein zentraler Punkt. Je mehr die **Einladung gestreut wird** und auch die ReferentInnen ihren UnterstützerInnenkreis einladen. Das Online Seminar mit Susanne Wiest und Tonja Merz hatte laut Software 211 TeilnehmerInnen. Ein großer Erfolg den wir gern wiederholen wollen.

**28.10. Frankreich:** Wie steht's um das BGE und die EBI „Start bedingungsloser Grundeinkommen überall in der EU“?

Referentin: **Angelika Gross, Paris**

Frankreich leidet stärker unter der Coronapandemie als manche anderen europäischen Länder. Die absoluten Zahlen sind hoch, sowohl was Infizierte wie was Tote angeht. Auch die Gegenmaßnahmen sind drastisch. Wie fast überall in Europa wurde auch das französische Gesundheitssystem in den letzten Jahrzehnten von einer Welle neoliberaler "Reformen" durchgeschüttelt und partiell zugrunde gerichtet, sodass die Pandemie es an sein Limit brachte und vielleicht wieder bringt.

Neben der gesundheitlichen Situation verursacht auch die soziale gerade dramatische Verheerungen. Ohnehin weist die allgemeine soziale Absicherung vieler Menschen im Land schlimme Lücken auf, die durch die Regierungsprogramme nicht geschlossen werden. Zwar gibt diese fast eine halbe Billion für sogenannte Hilfsmaßnahmen aus, aber dabei handelt es sich im Wesentlichen um Kreditbürgschaften. Schon im Sommer fürchtete die Hälfte der Bevölkerung um ihre Arbeitsstelle und damit um ihr Einkommen.

Hier wäre jetzt ein, zumindest vorübergehendes, Grundeinkommen eine Lösung, aber die Regierung lässt keinerlei Willen erkennen, in diese Richtung zu gehen.

Wie sieht es aber in der französischen Zivilgesellschaft aus? Immerhin gab es zuletzt einen Präsidentschaftskandidaten, der sich deutlich für eine Art BGE ausgesprochen hatte. Gibt es erkennbaren Druck für eine solche Maßnahme? Und wenn ja, von wem geht er aus? Wie sind die politischen Akteure in puncto BGE aufgestellt?

Angelika Gross wurde zwar in Deutschland geboren, lebt und arbeitet aber seit Jahrzehnten in Paris. Sie wird uns über die Situation im Land berichten und Fragen beantworten.

**4.11. Namibia:** Neuer Anlauf für ein universelles Grundeinkommen

Referent: **Herbert Jauch, Windhoek**

In Ojivero, einem etwa Tausend-Seelen-Ort westlich der Hauptstadt Windhoek, gab es 2008 und 2009 ein bedingungsloses Grundeinkommen, „basic income grant“. Es sollte zeigen, wie die Menschen mit einer universellen Zahlung umgehen, für die sie nichts tun und keine Gegenleistung erbringen müssen. Das Bündnis, das dieses Projekt trug, versprach sich davon, die Skepsis der namibischen Regierung erschüttern und sie überzeugen zu können, ein solches Programm landesweit einzuführen.

Obwohl das Projekt äußerst erfolgreich verlief, weigerte sich die Regierung, den Menschen in Namibia ein BIG zukommen zu lassen. Nach und nach reduzierte das Bündnis seine Aktivitäten und als Bischof Kameta, der eine Art spiritus rector des Projekts gewesen war, Minister für Armutsbekämpfung wurde, ruhten die Hoffnungen fast nur noch auf ihm. Aber auch er konnte kein BIG verwirklichen.

Nun hat sich das Bündnis zu einem neuen Anfang entschlossen. Es sind weitere Organisationen dazugekommen <http://www.bignam.org/> und man plant eine breite politische Kampagne.

Herbert Jauch war für das gewerkschaftsnahe Forschungsinstitut Larri schon an dem Projekt in Ojivero beteiligt und ist auch jetzt wieder aktiv im Bündnis Basic Income Coalition Namibia. Er wird vom Stand der Kampagnenplanung berichten, aber auch generell von der Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen in Namibia und im südlichen Afrika. Auch Fragen zur Situation in Ojivero mehr als zehn Jahre nach dem Ende des Projekts können erörtert werden.

**11.11. Österreich:** Europäische Bürgerinitiative „Start bedingungsloser Grundeinkommen überall in der EU“ und Volksbegehren „Bedingungsloses Grundeinkommen umsetzen!“

Referent: **Klaus Sambor, Wien**

Im Laufe des **November** und **Dezember** werden wir weitere Gäste aus europäischen Ländern, darunter auf jeden Fall aus Italien, begrüßen können und auch „**Mein Grundeinkommen**“ mit ihrem neuen Forschungsprojekt zu Gast haben (am 25.11.).

**Anhörung Petition Susanne Wiest**

Montag, den 26. Oktober 2020, 12-13 Uhr

Im Frühjahr hatten einige Menschen Petitionen für ein übergangswises BGE gestartet, darunter Susanne Wiest eine, die sich direkt an die Abgeordneten des Deutsche Bundestages richtete. Mit 176 134 Unterzeichner\*innen ist sie die bisher größte Bundestagspetition aller Zeiten. Die Anhörung wird live vom Parlamentsfernsehen gestreamt [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) Gleichzeitig ist der OMNIBUS für Direkte Demokratie vor Ort, alle Berliner\*innen sind herzlich eingeladen, nähere Infos hier: 030-42804390.

**Grundeinkommen statt Grundauskommen**

Von **Werner Rätz**

Seit geraumer Zeit gibt es in der Bewegung für ein bedingungsloses Grundeinkommen eine Diskussion, ob man unter Beibehaltung des Ziels den Begriff nicht durch andere ersetzen müsste. Dafür gibt es diverse Hintergründe und Ursachen, auf die alle und detailliert einzugehen das Format dieses Newsletters nicht erlaubt. Stichwortartig kann aber festgehalten werden, dass diese Debatte ganz viel mit dem Erfolg der Grundeinkommensforderung zu tun hat.

Immer mehr Menschen denken darüber nach, was ein solches Projekt leisten könnte und leisten sollte. Und immer deutlicher wird, dass es zwar ganz gewiss nicht alle sozialen Probleme lösen könnte, aber, je nach konkreter Ausgestaltung, doch recht viele. Und genau an dem Punkt beteiligen sich dann immer mehr Menschen an Überlegungen, was man denn wie einrichten müsste bei einem BGE, damit es zum Beispiel zu Geschlechtergerechtigkeit beiträgt, eine demokratische Debatte über Form und Inhalt der Güterproduktion und -distribution fördert oder autoritäre Tendenzen der Digitalisierung bündigt. Eine besonders wichtige Frage ist, wie ein BGE einen spürbaren Effekt in Richtung sozialökologischer Transformation haben kann.

Alle diese Anliegen sind seit jeher Teil des BGE-Diskurses in unserer AG genug für alle und wir haben ausführlich darüber geschrieben. Für uns sollte ein BGE immer mehr sein als eine reine Geldzahlung. Wir verbanden es mit Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, solidarischer Bürgerversicherung, öffentlicher Infrastruktur. Vieles dazu findet sich auf unserer Webseite [www.grundeinkommen-attac.de](http://www.grundeinkommen-attac.de) oder auf der des Autors dieses Textes [www.werner-raetz.de/](http://www.werner-raetz.de/). In der Breite sind diese Diskussionen aber eher neu. Da herrschte lange ein Verständnis eines BGE als leistungslose Geldzahlung vor, die vor allem die Armen entlasten sollte.

Wenn jetzt vermehrt argumentiert wird, dass ein BGE etwa in dem Sinne nicht „bedingungslos“ sein dürfe, dass es gesellschaftliche Teilhabe fördern solle, dann ist das erfreulich und ein Missverständnis gleichzeitig. Erfreulich ist, dass das Anliegen demokratischer Teilhabe mit dem Grundeinkommen verbunden wird, ein Missverständnis ist, dass es das nicht immer gewesen wäre. Ein BGE konnte nach den Vorstellungen seiner linken Befürworter\*innen immer nur so gedacht werden, dass es die Bedingungen für emanzipatorische Politik und gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten verbessert. „Bedingungslos“ bezog sich immer nur darauf, dass die Empfänger\*innen individuell keine Vorleistungen erbringen müssen, um es zu erhalten. Die Debatte um diesen Begriff ist also verhältnismäßig leicht aufzulösen.

Schwieriger ist es mit dem zweiten Begriff, dem Grundeinkommen, oder besser mit dessen zweitem Teil, dem Einkommen, denn dass es etwas Grundlegendes sein sollte, ist unumstritten. Vor allem aus einer Denkrichtung, die den kulturellen Impuls am Grundeinkommen betont, kommt immer häufiger der Vorschlag, von „Grundauskommen“ zu sprechen. Die freie Kuratorin und Autorin, Theoretikerin und Aktivistin Adrienne Goehler, die selbstverständlich schon seit sehr langer Zeit Teil des Grundeinkommensdiskurses ist, fasst es so zusammen: „Für mich schwingt da noch mehr mit als bei dem Begriff Einkommen. Das Auskommen ist nicht unmittelbar mit Leistung verknüpft. Wir müssen über die Höhe sprechen, wir müssen über vieles verhandeln. Aber das wird nicht am Kabinetttisch entschieden, das ist eine Bewegung von unten, wie wir gerade beobachten können.“

Franz Schandl, eher aus der Wert- und Arbeitskritik herkommend als aus dem Kulturimpuls, argumentiert, jede\* müsse ein Auskommen haben: „Ganz kategorisch hat zu gelten: Niemand soll unter die Räder kommen. Es bleiben sowieso noch genug andere Ängste über. Die zentrale Frage ist die ganz schlichte nach dem guten Leben. Dieses ist nicht mit der materiellen Absicherung zu verwechseln, aber es ist ohne diese nicht zu haben.“

Ich verstehe beide Argumente und teile ihr Anliegen. Es muss um mehr gehen als die Geldzahlung. Wäre es das nicht, würde ein BGE auch nur auf die kapitalistischen Märkte führen, wie wir als AG und auch ich als Autor schon seit Jahrzehnten schreiben. Die sind kein gemütlicher Platz und dem guten Leben aller alles andere als zuträglich. Ein BGE, das lediglich dazu führt, dass sich die Menschen alles kaufen können, was der Kapitalismus als „ungeheure Warensammlung“ anbietet, wäre ein zivilisatorischer Rück- und kein Fortschritt. Es gibt auch tatsächlich ein ultraliberales Verständnis des BGE, das auf eine solche Ausrichtung hinausläuft. Der Begriff „Einkommen“ könnte einem solchen Verständnis förderlich sein. Dies kritisch zu hinterfragen und öffentlich zu delegitimieren ist ein wichtiges Anliegen.

Und dennoch macht mir der Begriff „Grundauskommen“ mehr Sorgen als der des Grundeinkommens. Das liegt nicht nur daran, dass, wie zu Beginn des Artikels kurz angedeutet, die Diskussion um das Mehr eines BGE über die Geldzahlung hinaus alt und gut etabliert ist, das libertäre Verständnis also nicht dominant. Auch Franz' Hinweis, dass es ohne ein Einkommen nicht geht, ist zwar richtig, aber nicht ausschlaggebend. Was mich wirklich umtreibt, ist, was bei „Grundauskommen“ für ein Unterton mitschwingt.

Du musst - und wirst sicherlich - halt irgendwie auskommen. Das geht auch mit Wenigem, der Mensch kann Bescheidenheit lernen. Wir haben alle eh viel zu viel. Ja, ökologisch gesehen und im Durchschnitt betrachtet ist der Konsum der Durchschnittseuropäer\*innen zu hoch, aber konkret sind individuelle Verzichtsappelle das Gegenteil von emanzipatorisch. Die Reduktion von Stoff- und Energieverbrauch ist dringlich, aber sie kann nur als gesellschaftlicher, politischer Prozess gelingen. Die Individuen brauchen zuerst eine umfassende materielle Absicherung, sie brauchen die Zuversicht, nicht in ein ökonomisches Loch zu fallen, ehe sie sich angstfrei mit der notwendigen Reduktion ihres Konsumstandards beschäftigen können.

**Das „Grundauskommen“ scheint mir dies umzudrehen, da ist zuerst die Verzichtsansprache und im Nachgang die Ansage, aber dafür hast du dann ein Auskommen. Ich fürchte, das glauben uns die Menschen nicht, und ich denke, dabei haben sie Recht.**